



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0866990

P/XIII/207 - 12. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Begegnung in Lothringen Zum Treffen de Gaulle - Adenauer	51
2 - 3	Handwerker ohne Rohstoffe In den deutschen Ostgebieten wieder 24 000 Handwerksbetriebe	71
4 - 5	Die europäische Integration und die Universität Studenten wollen keine kleineuropäische Ideologie	65
6	Der Untertan ist wieder da! Zu einem Leserbrief in der "Bonner Rundschau"	44

Begegnung in Lothringen

sp - Begegnungen des deutschen Bundeskanzlers mit französischen Staatsmännern gehören gewiss nicht zu den Seltenheiten, aber keine dürfte so viel Aufmerksamkeit beanspruchen wie das Treffen mit de Gaulle, dem derzeitigen Lenker der Geschichte Frankreichs. Französisch-deutsche Streitfragen gibt es dabei nicht mehr zu klären. Die schwindende Bedeutung Europas nahm dem französisch-deutschen Gegensatz, der über viele Jahrhunderte lang die Beziehungen zwischen beiden Völkern prägte, seine Schärfe, was allerdings nicht bedeutet, dass die Politik und die Interessen beider Länder auf allen Gebieten harmonisieren.

Es ist ein offenes Geheimnis: Adenauer sah in der Klöckerei de Gaulles eine Bedrohung seiner Europapolitik, eines gefährlichen Bruch in der Kontinuität der um die Integration Kleineuropas sich konzentrierenden Bemühungen, denen er sogar den Vorrang vor einer aktiven Politik der Wiedervereinigung verlieh. Von früheren französischer Regierungen erfolgten die stärksten Antriebe für die Schaffung klein-europäischer Institutionen, wie etwa Montanunion, Euratom und Gemeinsamer Markt. Dieser Schwung zu Europa hin, wie es sich die Väter dieser westeuropäischen Gemeinschaften vorstellten, hat viel an Kraft und Anziehung verloren. Von einem Anhänger de Gaulles stammt das bezeichnende Wort, es könne nicht das Ziel der französischen Politik sein, in Europa unterzugehen. Frankreich tritt nun mehr oder weniger auf der Stelle, es ist unter der Führung de Gaulles recht stark auf die Wiederherstellung einer Weltmachtrolle bedacht, zu der freilich heute die Voraussetzungen doch fehlen. Neue Mächte sind inzwischen als Folge zweier Weltkriege und der damit verbundenen Schwächung Europas auf die Bühne der Geschichte getreten, den europäischen Staaten kommt heute nachträglich nur eine sekundäre Rolle zu.

Überschätzt das Frankreich de Gaulles nicht sein Vermögen, wieder eine auch militärisch führende Weltmacht zu sein? Kommt es hier nicht im Gegensatz zu allen Bestrebungen auf dem Gebiete der Abrüstung? Am Vorabend dieser Begegnung zweier Männer, die durch ihren ausgeprägten Hang zur autoritären Staatsführung gemeinsame Züge haben, wurden die Vorschläge des Abrüstungsunterausschusses des amerikanischen Senats bekannt, deren Kernstück die Schaffung eines internationalen Kontrollsystems und die Einstellung des Wettbewerbs in atomaren Waffen sind. Diese Vorschläge sind wohl geeignet, wieder Bewegung in die erstarrte Abrüstungsdiskussion zwischen West und Ost zu bringen, sie sind aber unvereinbar mit den französischen Bemühungen, noch vor Beginn kommender Verhandlungen selbst eine Atommacht zu werden. Vom Bundeskanzler Dr. Adenauer ist gewiss nicht zu erwarten, dass er in Colombey-les-Deux-Églises seinen französischen Partner ins Gewissen reden wird und sich als ein Bremsen der französischen militärischen Atompläne betätigt. Eine dem Frieden und der Entspannung im Weltmassstab dienende französisch-deutsche Zusammenarbeit müsste jedoch bestrebt sein, sich von Wettrennen in atomaren Waffen fernzuhalten, um nicht unübersichtbare Kettenreaktionen auszulösen.

Die beiden Politiker, die sich zum ersten Mal persönlich begegneten, werden gewiss ein weites Gesprächsfeld vorfinden. Ob sie als einander Misstrauende scheitern oder als Architekten einer gemeinsamen Friedenspolitik, wird wohl erst die Zukunft erkennen lassen.

Handwerker ohne Rohstoffe

(rh) Die Bemühungen des Warschauer Gomulka-Regimes, das Handwerk vor allem dort wieder aufleben zu lassen, wo sich keine große Industrieunternehmungen mit Reparaturwerkstätten befinden, waren bisher in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten wenigstens zahlenmäßig von einem bescheidenen Erfolg begleitet; nach den letzten statistischen Ermittlungen sind in diesen Gebieten wieder 24.198 Handwerksbetriebe vorhanden. Damit sind die Vorkriegsziffern zwar noch nicht erreicht worden, aber die Zahl für das Jahr 1946 - rund 23.000 Handwerksbetriebe - wurde bereits überschritten. Allerdings haben die wieder zugelassenen Handwerker mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, sie klagen durchwegs über Rohstoffmangel.

Die Ursachen dieses Mangels an Rohstoffen und sonstigen Material sind darin zu suchen, daß man den Handwerkern zwar Freizügigkeit erteilt, sie aber in Abhängigkeit von den früheren Zuweisungsstellen gelassen hat. In der Zeit der Bemühungen des Warschauer Regimes, die Handwerker in Zwangsgenossenschaften und "öffentliche Werkstätten" bei Betrieben zusammenzuschließen, verringerte sich die Zahl der Handwerksbetriebe in den deutschen Ostgebieten auf knapp 11.000. Die meisten Handwerker verließen einfach ihre Werkstätten, weil sie einerseits keine Rohstoffe zugewiesen erhielten, andererseits von hohen Steuern bedrückt wurden. Die stalinistische Praxis ging dahin, die Menge der den selbständigen Handwerkern zugedachten Rohstoffe weitgehend zu beschränken, dafür aber die Steuern ständig in die Höhe zu schrauben, um den Handwerkern die Selbständigkeit zu verleiden.

Ein großer Teil der Werkstätten der Handwerker verfiel in erster Linie in den Dörfern im Laufe der Jahre derart, daß sie nicht mehr zu gebrauchen waren, als sich in Herbst 1956 eine neue Blütezeit für das Handwerk anzubahnen schien. Noch heute müssen sich viele wieder tätige Handwerker mit provisorischen Werkstätten begnügen, weil sie nicht das Geld haben, die alten und inzwischen verfallenen neu instanzzusetzen. Doch auch in den provisorischen Werkstätten hätten sie Arbeit und Aufträge genug, wenn ihnen ausreichendes Material zur Verfügung stünde. Da aber scheint in den Liberalisierungsanordnungen des Gomulka-Regimes eine beachtliche Lücke zu klaffen. Die Verteilungsstellen für Rohstoffe waren jahrelang angehalten worden, die schonhin knappen Vorräte für eine handwerkliche Betätigung in erster Linie den genossenschaftlichen Handwerksbetrieben und, wo keine vorhanden waren, den "Werkstätten" der Industriebetriebe zuzuwiesen und nur den "Überschuß"

auf die noch selbständigen Handwerker aufzuteilen. Das hat sich offensichtlich bis heute nicht geändert.

In den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten gab es in der stalinistischen Zeit vor allem solche "Werkstätten" und "Reparaturabteilungen" bei den Betrieben und deshalb in den vornehmlich ländlichen Gebieten weit und breit keinen Handwerker mehr. So konnten z.B. in Pommern handwerkliche Reparaturen nur in einigen wenigen größeren Städten ausgeführt werden, wo es Betriebe mit solchen "öffentlichen Werkstätten" gab. Doch auch in großen Teilen Niederschlesiens und in den anderen deutschen Ostgebieten lagen die Verhältnisse nicht anders. Diese "Werkstätten" arbeiten heute vielfach in beschränktem Umfang weiter und erhalten auch nach dem alten Verteilungsschlüssel Rohstoffe und anderes Material. Für die selbständigen Handwerker bleibt da wie früher nicht viel übrig. Anders wäre es nicht möglich, daß die Breslauer "Woche in Polen" folgende Feststellung machen könnte: "Die sehr schwache Versorgung der Handwerker mit Rohmaterial führt zu der paradoxen Situation, daß es sich für einen Schuster oder Schmied nicht lohnt, das ihm zugewiesene Rohmaterial von der entfernten Großhandlung herbeizuschaffen."

Ein Handwerker, dem kein Rohmaterial oder nur eine lächerlich geringe Menge zugeweiht wird, kann natürlich keine Umsätze erzielen und er kann auch keine Steuern bezahlen. Er verliert so die Lust, eine unrentable Werkstätte zu führen und wird sie mit der Zeit wieder aufgeben. Dann sind die alten, so unerfreulichen Zustände vor der Sowjetzeit wieder da ... Das weiß das Regime auch und es sind deshalb Vorarbeiten im Gange, um die Rohstoffversorgung der Handwerker neu zu regeln. Immerhin ist man doch schon darauf gekommen, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergeht. Denn es haben sich bereits auch andere Folgen eingestellt. Das "illegale" Handwerk zeigt einen beunruhigenden Anstieg (Handwerker, die wieder in eine Fabrik gehen, arbeiten in ihrer Freizeit "schwarz", ohne dafür Steuern zu entrichten), die Handwerker ohne Rohmaterial müssen Gesellen und Lehrlinge entlassen und in vielen Gebieten hat sich wegen der ungeklärten Verhältnisse bis heute noch kein Handwerker niedergelassen. So fehlen in Pommern, im polnisch verwalteten Teil von Ostpreußen sowie in großen Teilen der heutigen Wojwodschaften Grünberg, Steffin und Breslau in den kleinen Siedlungen immer noch Garmacher, Friseur, Elektrotechniker, Schmiede, Schlosser, Ofensetzer und Rundfunkmechaniker.

Die europäische Integration und die Universität

Die folgenden bemerkenswerten Ausführungen sind den "Informationen aus der Studentenschaft" entnommen. Sie zeigen eine erfreuliche Ablehnung aller Bestrebungen, auf studentischer Ebene einen kleineuropäischen Block zu schaffen.

"Die europäische Integration und die Universität", so lautete das Rahmenthema eines Seminars, das kürzlich Studentenvertreter aus Frankreich, Italien, der Bundesrepublik und der Benelux-Länder in Rom zusammenführte. Schon die einleitenden Worte des Vorsitzenden des italienischen studentischen Nationalverbandes UNURI bei der klein-europäischen Studententagung in Rom offenbarten die eigentlichen Absichten der Gastgeber, die dieses Seminar mit finanzieller Unterstützung der Montanunion organisiert hatten.

Dem Seminar sollte offensichtlich die Aufgabe zufallen, die Integrationspolitik der Regierungen der sechs Länder auf dem Hochschulgebiet zu unterstützen. Dabei war die Absicht unverkennbar, für die bestehenden europäischen Institutionen - Montanunion, Euratom und Gemeinsamer Markt - die aus praktischen Erwägungen heraus entstanden waren, nun auch eine ideologische Rechtfertigung zu schaffen. Den Hochschulen war die Aufgabe zugedacht worden, eine europäische Weltanschauung zu kreieren. Dabei sollten die Studentenverbände Klein-Europas - fortan verbunden durch ein ständiges gemeinsames Sekretariat - eine entscheidende Rolle spielen.

Der folgenden Diskussion blieb es überlassen, die propagandistisch bestimmte Vermengung der Interessen der europäischen Integration, der Regierungen, der Hochschulen und Studentenverbände Klein-Europas wieder zu entwirren. Dabei wurde eindeutig herausgestellt, dass es keine europäische Kultur gebe, die auf die Länder der Montan-Union beschränkt sei und dass eine europäische Weltanschauung nicht existiere. Deshalb wurde auch die propagandistische Unterstützung dieser Europapolitik abgelehnt, teils deshalb, weil eine solche Unterstützung mit der Arbeit eines politisch unabhängigen

Studentenverbandes nicht zu vereinbaren sei, aber auch wegen starker Vorbehalte einzelner Verbände gegen die augenblickliche Europapolitik.

Eine erste vorbereitende Tagung hatte im Herbst 1957 in Luxemburg stattgefunden. Die sechs studentischen Nationalverbände der Montanunion-Länder waren beauftragt worden, sich mit Teilgebieten einer Integration des europäischen Studienbetriebes zu befassen und Berichte darüber der Versammlung in Rom vorzulegen. In der Diskussion über diese Berichte stand nicht mehr die Erläuterung einer verschwommenen Europa-Ideologie, sondern die Lösung praktischer Aufgaben im Vordergrund. Die Frage nach der gemeinsamen europäischen Kultur war ausgeklammert worden, weil es den Teilnehmern dieses Seminars unmöglich erschien, den Begriff "Europa" eindeutig zu bestimmen. So verzichtete man also auf die Fiktion einer auf die Montanunion beschränkten Kultureinheit. Den bestehenden Universitäten, die vom Geiste internationaler Wissenschaft bestimmt sind, fällt die Aufgabe zu, ein europäisches Bewusstsein zu entwickeln, dessen vornehmstes Merkmal nicht die Beschränkung auf Klein-Europa, sondern die Offenheit nach aussen ist.

Die Arbeit der Studentenverbände soll dem besseren Verkehr und dem besseren Verständnis unter Nachbarn dienen. Dabei muss aber eine klein-europäische Blockbildung auf studentischer Ebene verhindert werden, die das bestehende Misstrauen der Studenten in den Entwicklungsländern noch bestärken würde. Mit dieser Begründung wurde auch die Bildung einer europäischen Sektion in der internationalen Studentenkonferenz abgelehnt. Ausserdem nehmen die Nationalverbände nach aussen hin eine unterschiedliche Haltung zum Kolonialismus ein bzw. können sie sich mit Rücksicht auf ihre Regierung nicht eindeutig zu dieser Frage äussern. Die gemeinsame Meinung des Seminars in Rom ist am besten mit dem Schlusssatz des französischen Berichtes gekennzeichnet: "Im Rahmen unserer Hochschulen halten wir es für unsere Pflicht, für ein offenes Europa zu arbeiten - und nicht, ein in sich abgeschlossenes zu errichten".

Der Untertan ist wieder da!

sp. Die öffentliche Debatte über den Verkehrsregelstreit zwischen dem Bundesverteidigungsminister und dem Bonner Polizeihauptwachmeister, der zweifellos nicht durch die Schuld des Polizisten, zu einer auch in grossen amerikanischen und britischen Zeitungen ausführlich behandelten Affäre geworden ist, hat uns plötzlich eine Zeitgenossenart wiederbeschert, von der wir bisher annahmen, dass sie in dieser Lupenreinheit doch nicht mehr existiere. Wir haben ihn wieder: den Untertanen unseligen Angehörigen!

In der Bonner CDU-Zeitung meldete sich am 12. September 1958 ein Leser aus Rolandswerth - Rhein zu Wort, der sich, angesichts des sehr deutlichen Presse-Echos vor allem auf die Dienstaufsichtsbeschwerde des Ministers, darüber erbot, dass "der jakobinische Gleichheitsbegriff in der modernen Demokratie geradezu Orgien gefeiert" habe und "zur Mannesmut vor Königsthronen umgefälscht" worden sei. Tief entrüstet fragt der CDU-Mann aus Rolandswerth: "Wo bleibt der Respekt vor der staatlichen Autorität, die doch nicht zu trennen ist von ihren Repräsentanten und Trägern? Ist Herr Strauss denn nicht unter der Millionen von Verkehrsteilnehmern der 'einzige' Bundeswehrminister? Achten wir uns selbst so gering, dass wir den von uns, dem Volke, erwählten Minister doch nicht mehr respektieren als jeden anderen Verkehrsteilnehmer?"

Das steht, um jeden Irrtum auszuschliessen, am 12. September 1958 in der "Bonner Rundschau". Und dann soll sich noch jemand inner- und ausserhalb der Bundesrepublik über gewisse autcritätägliche Erscheinungen in diesem westdeutschen Teilstaat wundern, die sich eben nur aus einer solchen geistigen Grundhaltung erklären lassen, von der man irrigerweise glaubte, dass sie - 40 Jahre nach Wilhelm II. und 13 Jahre nach Hitler - in unserem Volke endlich überwunden wäre. Aber erlebt noch wie eh und je: Der Untertan!

Dass in übrigen der Mann aus Rolandswerth kein exotisches Überbleibsel in einer geläuterten deutschen Welt ist, das konnte man am Donnerstag in der gleichen "Bonner Rundschau" lesen. Wiederum am Fall Strauss aufgehängt wurde dort über die Aussage eines Feldwebels der Bundeswehr berichtet, der sich über den Umgangston des Verkehrspolizisten beschwerte und hinzufügte, dass er "ein anderes Einschreiten von Polizisten, zumal einem Uniformträger gegenüber" kenne.

Da kann man nur sagen: darauf haben wir gewartet! Das entspricht genau dem ebenso peinlichen wie arroganten Befehl des Bundesverteidigungsministers an die jungen Luftwaffenoffiziere, die in Kanada ausgebildet werden. Bonn hatte ihnen, weil die Bundesrepublik die Ausbildung doch selbst bezahlt, die Beteiligung an "schmutzigen Arbeiten" wie normale Aufräumungs- und Säuberungsarbeiten verboten, die von den Offizierspiloten aller anderen Nationen selbstverständlich miterledigt werden. Wir Deutsche aber? Hören Sie mal, wir bezahlen doch ...